

# VERBRAUCHERPOLITIK EU AKTUELL

verbraucherzentrale

Bundesverband

Ausgabe 13 | 18. Juni bis 1. Juli 2018

## INHALT:

- Allgemeine EU-Verbraucherpolitik
- Bauen / Energie / Umwelt / Verkehr
- Finanzdienstleistungen
- Gesundheit / Ernährung
- Telekommunikation / Medien / Internet
- Wirtschaftsfragen / Wettbewerb
- Terminvorschau

## ALLGEMEINE EU-VERBRAUCHERPOLITIK

### Europäische Union verhängt Strafzölle auf bestimmte Einfuhren aus den USA

Die EU-Kommission hat am 20. Juni 2018 die Verordnung zur Einführung von Ausgleichsmaßnahmen in Reaktion auf die US-Zölle auf Stahl und Aluminium verabschiedet. Die Maßnahmen, die am 22. Juni 2018 in Kraft getreten sind, betreffen ausgewählte Waren im Wert von 2,8 Milliarden Euro. Die Warenliste ist identisch mit der Liste welche der Welthandelsorganisation WTO am 18. Mai 2018 notifiziert wurde. Auf alle Waren wird ein Strafzoll von 25 Prozent erhoben, mit Ausnahme von Kartenspielen, für die ein Strafzoll von 10 Prozent gilt. Die Sanktionen treffen insbesondere Nahrungsmittel (darunter Reis, Mais, Orangensaft und Bourbon Whiskey), Tabakwaren, Kosmetika, Textilien (darunter Levi's Jeans), Schuhe (darunter Sportschuhe), Metallerzeugnisse (darunter Küchengeräte und andere Haushaltsartikel), Motorräder (darunter Harley-Davidson), Segel- und Motorboote.

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-18-4220\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-18-4220_de.htm)

[https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=uriserv:OJ.L\\_.2018.158.01.0005.01.DEU&toc=OJ:L:2018:158:TOC](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=uriserv:OJ.L_.2018.158.01.0005.01.DEU&toc=OJ:L:2018:158:TOC)

[http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2018/may/tradoc\\_156909.pdf](http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2018/may/tradoc_156909.pdf)

#### Impressum

Verbraucherzentrale  
Bundesverband e.V.

Markgrafenstraße 66

10969 Berlin

Leiterin Team Brüssel

Isabelle Buscke

[isabelle.buscke@vzbv.de](mailto:isabelle.buscke@vzbv.de)

Anregungen zum Newsletter  
nehmen wir gerne entgegen.

## **BAUEN / ENERGIE / UMWELT / VERKEHR**

### **1. Einigung über neue Ziele für Energieeffizienz – Maßnahmen gegen Energiearmut**

Die Verhandlungsführer von EU-Parlament und EU-Ministerrat erzielten am 20. Juni 2018 eine Einigung über neue Regeln zur Verbesserung der Energieeffizienz in Europa. Der neue Rechtsrahmen enthält ein Energieeffizienzziel für die Europäische Union für 2030 von 32,5 Prozent, verglichen mit dem bisher erwarteten Verbrauch an Energie. Im Jahr 2023 soll eine Anhebung geprüft werden. Die Vorschriften für die individuelle Messung und Abrechnung von Wärmeenergie werden verschärft, indem den Verbrauchern - insbesondere in Mehrfamilienhäusern mit kollektiven Heizsystemen - klarere Rechte auf häufigere und nützlichere Informationen über ihren Energieverbrauch eingeräumt werden, damit sie ihre Heizkosten besser verstehen und kontrollieren können.

Erstmals werden die EU-Mitgliedstaaten verpflichtet, einen Teil ihrer Energiesparmaßnahmen Verbrauchern zukommen zu lassen welche unter Energiearmut leiden. Die Energieeffizienzpläne sollten die Zahl der Haushalte mit Energiearmut in den einzelnen Ländern erfassen und bei einem erheblichen Anteil nationale Ziele zur Reduzierung aufstellen. Energiearmut solle auch durch sozialpolitische und andere Maßnahmen angegangen werden.

Die Richtlinie zur Energieeffizienz bedarf der förmlichen Zustimmung durch das EU-Parlament und den EU-Ministerrat. Damit ist im Herbst zu rechnen. Die EU-Mitgliedstaaten erhalten 18 Monate zur Umsetzung in nationales Recht.

[https://ec.europa.eu/germany/news/20180620-energieunion\\_de](https://ec.europa.eu/germany/news/20180620-energieunion_de)

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_STATEMENT-18-3997\\_en.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_STATEMENT-18-3997_en.htm)

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20180619IPR06146/energy-union-deals-on-efficiency-targets-and-governance>

### **2. EU-Ministerrat fordert Maßnahmen zur Beteiligung der Verbraucher an der Kreislaufwirtschaft**

Der EU-Ministerrat für Umwelt nahm am 25. Juni 2018 Schlussfolgerungen zur Einhaltung der Zusagen zum Aktionsplan der Europäischen Union für die Kreislaufwirtschaft an. Der Rat betont, dass Aufklärungsmaßnahmen und Bildungsprogramme eine entscheidende Rolle spielen, um eine ordnungsgemäße Abfallsammlung ebenso wie nachhaltige Verhaltens-, Verbrauchs- und Produktionsmuster zu fördern. Der Rat weist darauf hin, dass eine geeignete Kennzeich-

nung der ökologischen Eigenschaften von Materialien, Produkten und Dienstleistungen eine wichtige Rolle spielt, wenn es darum geht, Verbrauchern eine informierte Wahl zu erleichtern und das Vertrauen in Recyclingprodukte zu erhöhen. Der Rat fordert die Kommission auf, die Ausarbeitung einheitlicher Definitionen und Vorschriften für die Kennzeichnung von Kunststoffen und Kunststoffprodukten fortzusetzen. Ferner ruft der Rat die EU-Kommission und die EU-Mitgliedstaaten auf, an die Verbraucher gerichtete Aufklärungskampagnen zur Förderung der Kreislaufwirtschaft zu unterstützen.

<http://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-10447-2018-INIT/de/pdf>

## FINANZDIENSTLEISTUNGEN

### 1. EU-Ministerrat legt Standpunkt zum europaweiten privaten Altersvorsorgeprodukt fest

Der EU-Ministerrat hat am 19. Juni 2018 seine Verhandlungsposition zum europaweiten privaten Altersvorsorgeprodukt (Pan-European personal pension product, PEPP) festgelegt. Die Verhandlungen mit dem EU-Parlament können beginnen sobald dieses ebenfalls seinen Standpunkt festgelegt hat. Die EU-Kommission hatte am 29. Juni 2017 einen Verordnungsvorschlag sowie eine Empfehlung an die Mitgliedstaaten vorgelegt, diese Produkte steuerlich nationalen Produkten gleichzustellen. Anbieter von Altersvorsorgeprodukten sollen künftig europaweit ein standardisiertes Altersvorsorgeprodukt anbieten können. Dadurch könnten sie ihre Reichweite auf Verbraucher in der gesamten Europäischen Union ausdehnen. Durch das PEPP sollen bestehende private Altersvorsorgeprodukte ergänzt, aber nicht ersetzt oder harmonisiert werden.

<http://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-9975-2018-INIT/en/pdf>

### 2. Grenzüberschreitender Vertrieb von Investmentfonds

Der EU-Ministerrat hat am 19. Juni 2018 das Verhandlungsmandat für das Paket zum grenzüberschreitenden Vertrieb von Investmentfonds erteilt. Ziel ist ein Abbau von Hindernissen für den grenzüberschreitenden Vertrieb. Die Verhandlungen mit dem EU-Parlament können beginnen sobald dieses seinen Standpunkt festgelegt hat.

<http://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-9910-2018-INIT/en/pdf>

## **GESUNDHEIT / ERNÄHRUNG**

### **EU-Gesundheitsminister für Strategien für gesunde Ernährung für Kinder**

Der EU-Ministerrat für Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz verabschiedete am 22. Juni 2018 Schlussfolgerungen zum Thema „Eine gesunde Ernährung für Kinder: Zum Wohle der Zukunft Europas.“ Die EU-Gesundheitsminister begrüßten die nationalen Strategien und Aktionspläne der Mitgliedstaaten gegen nichtübertragbare Krankheiten, mit denen den Verbrauchern die Entscheidung für gesunde Ernährung bis 2020 erleichtert werden soll. Hierzu gehöre die Förderung der Neuformulierung von Lebensmitteln und die Einschränkung der Vermarktung, die Lebensmittel mit hohem Fett-, Salz- und Zuckergehalt für Kinder attraktiv macht. Kinder seien eine anfällige Verbrauchergruppe, die der Vermarktung mit modernen Mitteln wie Sponsoring, Produktplatzierung (Werbung am Verkaufsort) und Verkaufsförderung besonders ausgesetzt ist. Erwiesenermaßen beeinflusse Werbung die Ernährungspräferenzen, das Kaufverhalten und die Konsumgewohnheiten von Kindern.

<http://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-9796-2018-INIT/de/pdf>

## **TELEKOMMUNIKATION / MEDIEN / INTERNET**

### **1. Rechtsausschuss des EU-Parlaments beschließt Standpunkt zu Urheberrecht im digitalen Binnenmarkt**

Der Rechtsausschuss des EU-Parlaments billigte am 20. Juni 2018 den Bericht des deutschen Europaabgeordneten Axel Voss (CDU) zur geplanten Richtlinie über das Urheberrecht im digitalen Binnenmarkt. Der Ausschuss legte seinen Standpunkt mit 14 zu 9 Stimmen bei 2 Enthaltungen fest und nahm mit der gleichen Mehrheit einen Beschluss zur Aufnahme von Verhandlungen mit dem EU-Ministerrat an. Dieser Beschluss bedarf der Bestätigung durch das Plenum des EU-Parlaments in der Woche vom 2. Juli 2018. Auf Antrag eines Zehntels der EU-Abgeordneten (76) muss das Plenum hierüber endgültig abstimmen. Dies gilt als wahrscheinlich. Danach können die Verhandlungen mit dem EU-Ministerrat beginnen. Dieser hat seinen Standpunkt im Mai 2018 festgelegt.

Besonders umstritten waren die Artikel zum Leistungsschutzrecht für Presseverlage und zu Upload-Filtern für Online-Plattformen. Durch diese Software-Filter soll sichergestellt werden, dass urheberrechtlich geschützte Inhalte gar nicht erst hochgeladen werden. Der Artikel zum Leistungsschutzrecht für Presseverlage ist mit 15 zu 10 Stimmen angenommen worden. Portale wie Google News sollen nicht mehr ohne Genehmigung und gegebenenfalls Vergütung kurze

Ausschnitte von Presstexten in ihren Ergebnissen anzeigen dürfen. Der Artikel zu Upload-Filtern ist von einer Mehrheit von Christdemokraten, Konservativen und Liberalen mit 13 zu 12 Stimmen durchgesetzt worden, wobei die Fraktionen nicht geschlossen auftraten.

Klaus Müller, Vorstand der Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv), kritisiert die Entscheidung:

„Die Mitglieder des Rechtsausschusses haben sich dem Druck der Kreativ- und Verlagswirtschaft mehrheitlich gebeugt. Die Sorge des vzbv: Aus Angst vor völlig unklaren Haftungsregeln werden viele Inhalte im Netz verschwinden. Unseriöse Inhalte, sogenannte Fake News, werden es hingegen künftig noch leichter haben, sich im Netz zu verbreiten. Das ist keine gute Nachricht für Verbraucher. Wenn es zu einer weiteren Abstimmung kommt, sollten sich die Abgeordneten für Nutzer einsetzen und ihre Rechte stärken – sie müssen Upload-Filter verhindern.

Besonders bitter ist, dass keine wirksamen Gegenmaßnahmen für Nutzer eingeführt wurden, um ihre rechtmäßigen Inhalte vor entsprechender Blockierung zu schützen. Vollkommen legale Inhalte können so mit Verweis auf die Nutzungsbedingungen der Plattform leicht verschwinden. Der Nutzer kann dann nicht auf ein abgesichertes Verfahren zurückgreifen, das gewährleistet, die Inhalte wieder auf der Plattform erscheinen zu lassen.“

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20180618IPR06024/urheberrecht-europaabgeordnete-aktualisieren-regeln-fur-das-digitale-zeitalter>

<https://www.vzbv.de/pressemitteilung/europaeisches-urheberrecht-gefahr-fuer-upload-filter-massiv-gestiegen>

## **2. Freier Verkehr nicht personenbezogener Daten**

Die Unterhändler von EU-Ministerrat, EU-Parlament und EU-Kommission haben am 19. Juni 2018 eine politische Einigung über neue Vorschriften erzielt, welche die Speicherung und Verarbeitung von Daten überall in der Europäischen Union ohne ungerechtfertigte Einschränkungen ermöglichen. Der Wechsel zwischen Cloud-Diensteanbietern soll erleichtert werden.

Da sich die Verordnung über den freien Verkehr nicht personenbezogener Daten nicht auf personenbezogene Daten erstreckt, hat sie keine Auswirkungen auf die Anwendung der Datenschutz-Grundverordnung. Bei gemischten Datensätzen findet die Datenschutz-Grundverordnung, die den freien Verkehr personenbezogener Daten sicherstellt, auf den personenbezogenen Teil des Datensatzes Anwendung. Für den nicht personenbezogenen Teil gilt der Grundsatz des freien Verkehrs nicht personenbezogener Daten. Das EU-Parlament und der EU-Ministerrat müssen der Verordnung noch förmlich zustimmen.

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-18-4227\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-18-4227_de.htm)

## WIRTSCHAFTSFRAGEN / WETTBEWERB

### 1. Online-Unternehmen wollen verstärkt gegen gefährliche Produkte vorgehen

Vier große Online-Unternehmen haben sich verpflichtet, gefährliche Produkte, die über ihre Online-Plattformen verkauft werden, schneller aus dem Verkehr zu ziehen. Eine entsprechende Verpflichtungserklärung haben Alibaba (für AliExpress), Amazon, eBay und Rakuten Frankreich am 25. Juni 2018 mit der EU-Kommission unterzeichnet. Künftig werden die Online-Marktplätze binnen zwei Arbeitstagen auf Meldungen von Behörden der Mitgliedstaaten über gefährliche Produkte reagieren und bei Meldungen von Verbrauchern binnen fünf Arbeitstagen Maßnahmen ergreifen.

EU-Verbraucherkommissarin Věra Jourová sagte: „Immer mehr Menschen in der EU kaufen im Internet ein. Der Online-Handel hat den Verbrauchern neue Möglichkeiten eröffnet, denn hier finden sie eine größere Auswahl an Produkten zu niedrigeren Preisen. Verbraucher sollten im Internet genauso sicher einkaufen können wie im Geschäft. Daher begrüße ich die Verpflichtungserklärung, die die Produktsicherheit für die Verbraucher weiter erhöhen wird. Auch andere Online-Marktplätze sollten sich der Initiative anschließen, damit das Internet für die Verbraucher in der EU sicherer wird.“

[https://ec.europa.eu/germany/news/20180625-online-unternehmen-gegen-gefaehrliche-produkte\\_de](https://ec.europa.eu/germany/news/20180625-online-unternehmen-gegen-gefaehrliche-produkte_de)

[https://ec.europa.eu/info/files/product-safety-pledge\\_en](https://ec.europa.eu/info/files/product-safety-pledge_en) (Verpflichtungserklärung)

### 2. EU-Kommission hat Bedenken gegen geplante Übernahme des Nylon-Geschäfts von Solvay durch BASF

Die EU-Kommission hat am 26. Juni 2018 ein eingehendes Prüfverfahren eingeleitet, um die geplante Übernahme des weltweiten Nylon-Geschäfts von Solvay durch BASF nach der EU Fusionskontrollverordnung zu prüfen. Die Kommission hat Bedenken, dass der Zusammenschluss den Wettbewerb bei der Belieferung mit wichtigen Vorprodukten der Nylonproduktionskette beeinträchtigen könnte.

EU-Wettbewerbskommissarin Margrethe Vestager erklärte hierzu: „Nylon findet in Gegenständen des alltäglichen Gebrauchs Verwendung, wie Kleidung, Sportschuhe und Teppiche, ist aber auch ein wichtiges Vorprodukt für die Industrie, beispielsweise zur Herstellung leichter Motoren und Autos. Nur wenige Produzenten liefern die für die Herstellung verschiedener Nylonprodukte wesentli-

chen Vorprodukte, sodass wir sorgfältig prüfen müssen, ob die geplante Übernahme für die europäischen Unternehmen und letztlich die Verbraucher zu höheren Preisen oder einer geringeren Auswahl führen würde.“

[https://ec.europa.eu/germany/news/20180627-eu-pruefen-uebernahme-solvay-basf\\_de](https://ec.europa.eu/germany/news/20180627-eu-pruefen-uebernahme-solvay-basf_de)

### **3. Deutschland beim Pro-Kopf-Verbrauch deutlich über EU-Durchschnitt**

Der tatsächliche Individualverbrauch (TIV) ist ein Maß für den materiellen Wohlstand von Haushalten. Ausgehend von ersten vorläufigen Schätzungen für 2017 lag der TIV pro Kopf, ausgedrückt in Kaufkraftstandards (KKS), in den Mitgliedstaaten zwischen 55 Prozent und 130 Prozent des Durchschnitts der Europäischen Union (EU). Zehn Mitgliedstaaten verzeichneten 2017 TIV-Werte pro Kopf, die über dem EU-Durchschnitt lagen. Der höchste Wert (30 Prozent über dem EU-Durchschnitt) wurde in Luxemburg verzeichnet. Deutschland und Österreich lagen etwa 20 Prozent über dem EU-Durchschnitt, gefolgt vom Vereinigten Königreich, Finnland, Belgien, Dänemark, den Niederlanden, Frankreich und Schweden, die alle Werte zwischen 9 Prozent und 14 Prozent über dem EU-Durchschnitt aufwiesen. Diese Daten werden von Eurostat, dem statistischen Amt der Europäischen Union, veröffentlicht.

<http://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/8990157/2-19062018-BP-DE.pdf/1b0a155e-cbc5-4ed8-8a4c-4e96db9da90b>

### **4. Preisniveau für Verbrauchsgüter und Dienstleistungen in Deutschland leicht über EU-Durchschnitt**

Bei den Preisniveaus für Verbrauchsgüter und Dienstleistungen gab es 2017 in der Europäischen Union große Unterschiede. Teuerstes Land war Dänemark (142 Prozent des EU-Durchschnitts). Darauf folgten Luxemburg (127 Prozent), Irland und Schweden (je 125 Prozent), Finnland (122 Prozent) und das Vereinigte Königreich (117 Prozent). Deutschland lag nahe beim EU-Durchschnitt (105 Prozent). Das niedrigste Preisniveau fand sich dagegen in Bulgarien (48 Prozent), Rumänien (52 Prozent) und Polen (56 Prozent). Diese Daten stammen aus einem Artikel, der von Eurostat, dem statistischen Amt der Europäischen Union, veröffentlicht wurde.

<http://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/8987355/2-20062018-AP-DE.pdf/b550c111-3dc5-4c18-9c1d-d7b5cb476704>

[http://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php/Comparative\\_price\\_levels\\_of\\_consumer\\_goods\\_and\\_services](http://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php/Comparative_price_levels_of_consumer_goods_and_services)

### **5. Rückgang des Verbrauchervertrauens in Europa**

Der von der EU-Kommission berechnete Index des Verbrauchervertrauens ging im Juni 2018 im Euroraum gegenüber dem Vormonat um 0,7 Punkte auf -0,5 Punkte zurück. In der Europäischen Union ging der Index gegenüber dem Vormonat um 1,2 Punkte auf -1,3 Punkte zurück. Der Index beruht auf vier Fragen an Verbraucher, jeweils bezogen auf die nächsten zwölf Monate: Zur finanziellen Situation der Haushalte, zur allgemeinen wirtschaftlichen Lage, zur erwarteten Entwicklung der Arbeitslosigkeit und zum Sparverhalten.

[https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/fcci\\_2018\\_06\\_en.pdf](https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/fcci_2018_06_en.pdf)

## TERMINVORSCHAU

### Rat

#### **Ratsarbeitsgruppe "Technische Harmonisierung- Kraftfahrzeuge" (2. Juli 2018)**

Sicherheitsanforderungen an Kraftfahrzeuge.

#### **Ratsarbeitsgruppe "Finanzdienstleistungen" (2. Juli 2018)**

Programm der Präsidentschaft im Bereich Finanzdienstleistungen im zweiten Halbjahr 2018.

#### **Sonderausschuss Landwirtschaft (2. Juli 2018)**

Paket zur Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik; Spirituosenverordnung (Informationen des Vorsitzes über das Ergebnis des zweiten Trilogs); Nennfüllmengen für Shochu - japanischer Branntwein (Mandat für Verhandlungen mit dem EU-Parlament); Handelsbezogene Agrarfragen.

#### **Ratsarbeitsgruppe "Energie" (2. Juli 2018)**

Richtlinie zu Elektrizität.

#### **Ratsarbeitsgruppe "Horizontale Agrarfragen" (3. Juli 2018)**

Unlautere Handelspraktiken in den Geschäftsbeziehungen zwischen Unternehmen in der Lebensmittelversorgungskette.

#### **Ratsarbeitsgruppe "Audiovisuelle Medien" (3. Juli 2018)**

Entwurf von Schlussfolgerungen des Rates zu europäischen Kultur-, Medien- und Kreativindustrien in der digitalen Welt.

#### **Ratsarbeitsgruppe „Telekommunikation und Informationsgesellschaft“ (3. Juli 2018)**

Arbeitsprogramm für das zweite Halbjahr 2018.

**Ratsarbeitsgruppen „Arzneimittel und Medizinprodukte“ und „Gesundheitswesen“ (4. Juli 2018)**

Verordnung zur Bewertung von Gesundheitstechnologie; Verstärkte Zusammenarbeit bei durch Impfung vermeidbaren Krankheiten.

**Ratsarbeitsgruppe „Verbraucherschutz und -information“ (4. Juli 2018)**

Richtlinie zur besseren Durchsetzung und Modernisierung der EU-Verbraucherschutzvorschriften.

**Horizontale Gruppe „Fragen des Cyberraums“ (4. Juli 2018)**

Netzwerk für Cybersicherheit; Bekämpfung von Cyberkriminalität; Aussprache über Desinformation.

**Ratsarbeitsgruppe „Finanzdienstleistungen“ (5. Juli 2018)**

Reform der Finanzaufsichtsbehörden.

**Ratsarbeitsgruppe „Telekommunikation und Informationsgesellschaft“ (5. Juli 2018)**

Verordnung über Durchführung und Funktionsweise der Domäne oberster Stufe „.eu“.

**Ratsarbeitsgruppe „Verbraucherschutz und -information“ (5. Juli 2018)**

Vorschlag für eine Richtlinie über Verbandsklagen zum Schutz der Kollektivinteressen der Verbraucher.

**Ratsarbeitsgruppe „Energie“ (5. Juli 2018)**

Richtlinie zu Elektrizität.

**Ad-hoc-Gruppe Allgemeines Lebensmittelrecht (6. Juli 2018)**

Vorschlag für Verordnung über Transparenz und Nachhaltigkeit der Risikobewertung in der Nahrungsmittelkette.

**Ratsarbeitsgruppen „Arzneimittel und Medizinprodukte“ und „Gesundheitswesen“ (11. Juli 2018)**

Verordnung zur Bewertung von Gesundheitstechnologie.

**Ratsarbeitsgruppe „Technische Harmonisierung“ (11. Juli 2018)**

Vorschlag für Verordnung zur Festlegung von Bestimmungen und Verfahren für die Konformität mit und die Durchsetzung von Harmonisierungsrechtsvorschriften der Union für Produkte.

**Rat Wirtschaft und Finanzen – Ecofin (13. Juli 2018)**

Laufende Gesetzgebungsvorhaben zu Finanzdienstleistungen (Bericht des Vorsitzes)

## **Europäisches Parlament**

### **Plenum (2. bis 5. Juli 2018)**

Programm der österreichischen Ratspräsidentschaft; Klimadiplomatie; Investitionen in Energieinfrastruktur; Erklärung der EU-Kommission zur Angemessenheit des EU-US-Datenschutzschildes; Verhandlungsmandat zur geplanten Richtlinie über das Urheberrecht im digitalen Binnenmarkt.

### **Ausschuss für Verkehr und Tourismus (9. Juli)**

Förderung sauberer und energieeffizienter Straßenfahrzeuge (Annahme des Entwurfs einer Stellungnahme); Emissionsnormen für neue Personenkraftwagen und für neue leichte Nutzfahrzeuge (Annahme des Entwurfs einer Stellungnahme); Öffentliche Anhörung zu dem Thema „Diskriminierung im Zusammenhang mit den Vertriebskanälen von Fluggesellschaften“.

### **Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz (11. Juli)**

Anhörung zur besseren Durchsetzung und Modernisierung der EU-Verbraucherschutzvorschriften; Bestimmungen und Verfahren für die Konformität mit und die Durchsetzung von Harmonisierungsrechtsvorschriften der Union für Produkte; Gegenseitige Anerkennung von Waren, die in einem anderen Mitgliedstaat rechtmäßig in Verkehr gebracht worden sind; Unlautere Handelspraktiken in den Geschäftsbeziehungen zwischen Unternehmen in der Lebensmittelversorgungskette; Zweierlei Qualität von Erzeugnissen auf dem Binnenmarkt; Bewertung von Gesundheitstechnologien; Freier Verkehr nicht personenbezogener Daten in der Europäischen Union.

## **Europäische Kommission**

### **Wöchentliche Sitzung des Kollegiums (3. Juli 2018)**

Vorbereitung des Arbeitsprogramms der Kommission für 2019.

## **Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss**

### **Plenum (11./12. Juli 2018)**

Erweiterung des einheitlichen Euro Zahlungsverkehrsraums; Anwendung der Stufe Euro 5 auf die Typpgenehmigung von zwei- oder dreirädrigen und vierrädrigen Fahrzeugen; Abbau der Hindernisse für den grenzüberschreitenden Vertrieb von Investmentfonds; Rahmen für gedeckte Schuldverschreibungen; Finanztechnologie (FinTech); Crowdfunding und Peer-to-Peer-Finanzierung; Aktionsplan für nachhaltige Finanzierung; Überwachungsrahmen für die Kreislauf-

wirtschaft; Qualität von Wasser für den menschlichen Gebrauch; Nennfüllmengen für das Inverkehrbringen von Shochu; Die Wirkungen einer neuen kohlenstofffreien, dezentralen und digitalisierten Energieversorgungsstruktur auf Arbeitsplätze und Regionalwirtschaft (Initiativstellungnahme); Die Bedeutung des Verkehrs für die Umsetzung der Ziele für nachhaltige Entwicklung und die Auswirkungen auf die EU-Politikgestaltung (Initiativstellungnahme); Aktualisierung der Rechtsvorschriften über die Domäne oberster Stufe „.eu“.

## **Ausschuss der Regionen**

### **Plenum (4./5. Juli 2018)**

Aktionsplan für einen besseren Schutz des öffentlichen Raums (Initiativstellungnahme); Bewertung der Umsetzung der EU-Städteagenda (Initiativstellungnahme); Lokale und regionale Anreize zur Förderung einer gesunden und nachhaltigen Ernährung (Initiativstellungnahme); Vorschlag für eine Richtlinie zu unlauteren Handelspraktiken in den Geschäftsbeziehungen zwischen Unternehmen in der Lebensmittelversorgungskette (Initiativstellungnahme); Verwirklichung emissionsarmer Mobilität; Eine europäische und globale Perspektive der Klimagovernance nach 2020: Ein Beitrag zur COP 24 der Klimarahmenkonvention (Initiativstellungnahme).

## **Europäischer Gerichtshof**

### **Urteil in der Rechtssache C-532/17 (4. Juli 2018)**

Fluggastrechte gegenüber gecharterter Fluggesellschaft (Herr Wirth und weitere Fluggäste haben bei TUI-Fly Flüge gebucht, für deren Durchführung TUI-Fly ein Flugzeug samt Besatzung bei Thomson Airways charterte).

### **Schlussanträge in der Rechtssache C-220/17 (4. Juli 2018)**

Gültigkeit der Tabakrichtlinie in Bezug auf aromatisierte Tabake zum Selbstdrehen sowie aromatisierten Pfeifentabaken und Zigaretten.

### **Mündliche Verhandlung in der Rechtssache C-492/17 (4. Juli 2018)**

Zulässigkeit der Rundfunkgebühren in Deutschland.

## **Europäisches Gericht**

### **Urteil in den verbundenen Rechtssachen T 379/10 RENV und T 381/10 RENV (3. Juli 2018)**

Kartell für Badezimmersaunastattungen.

*Verbraucherpolitik EU aktuell erscheint alle zwei Wochen. Der Newsletter gibt einen Überblick über aktuelle Termine und relevante verbraucherpolitische Aktivitäten und Vorhaben in der Gesetzgebung der EU.*

*Newsletter verfasst von*

*Dr. Ekkehard Rohrer, MPA (Harvard University) – Brüssel*

*Im Auftrag des Verbraucherzentrale Bundesverbands (vzbv)*